

Abg. Tendler führte aus, das Thema „Metropolregion“ werde in der Region zurzeit intensiv diskutiert, aber nicht unter dem Aspekt „Was kommt da auf den Rhein-Sieg-Kreis zu?“, sondern vielmehr unter dem Aspekt „Was soll das eigentlich sein?“. Es solle etwas entstehen, was bisher weder den politischen Gremien, noch den Fraktionen vorgestellt worden sei. Den Antworten der Verwaltung auf die Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE könne entnommen werden, dass mit Gründung einer Metropolregion ein nicht unerheblicher Finanzbedarf entstehe, der im Haushalt zur Verfügung gestellt werden müsse. Ohne die entsprechenden Informationen und Vorberatungen in den jeweiligen Gremien sei das Thema aber nicht reif für eine Beschlussfassung. Es liege daher in aller Interesse, sehr genau zu beobachten, wie der Gründungsprozess weitergehe und was für ein Gebilde entstehen solle.

Abg. Windhuis äußerte, genau aus diesem Grund sei die Anfrage gestellt worden. Es müsse im weiteren Verlauf auch geprüft werden, ob hier nicht doppelte Strukturen geschaffen werden. Seine Fraktion werde das Thema und die Antworten der Verwaltung jetzt noch einmal mit dem Koalitionspartner beraten.

Abg. Kemper bezog sich auf § 2 Nr. 4 des Satzungsentwurfes (handschriftlich S. 69 der Einladung). Dieser sehe die Möglichkeit vor, dass die Mitglieder dem Verein Aufgaben übertragen können. Er wollte wissen, welche Art von Aufgaben dies sein könnten. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass in der Antwort auf Frage 6 der Anfrage (handschriftlich S. 67 der Einladung, letzter Absatz) davon gesprochen werde, dass die „Metropolregion Rheinland“ in den Landesentwicklungsplan (LEP) NRW aufgenommen werden solle und dieser voraussichtlich Ende 2016 im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW verkündet werde. Er frage sich, wie bis dahin alle erforderlichen politischen Entscheidungen getroffen sein sollen, wenn das Thema bis heute noch nicht einmal in die Gremien eingebracht worden sei. Er fragte nach, wie sich die Verwaltung das weitere Verfahren vorstelle.

KVOR Hohn, Referat Wirtschaftsförderung, machte deutlich, der Gründungsprozess sei noch nicht abgeschlossen. Es würden noch Steuerungs- und Arbeitsgruppen-Sitzungen (AG Standortmarketing, AG Verkehr, AG Forschung und Bildung, AG Kultur und Tourismus) stattfinden. Die Gründungsversammlung sei erst für Mitte November vorgesehen. Von daher sei es bisher auch noch gar nicht möglich gewesen, den Gremien eine entsprechende Entscheidungsvorlage vorzulegen. Auch die Frage der kostenmäßigen Beteiligung sei noch nicht abschließend geklärt. Angedacht sei ein Mitgliedsbeitrag zwischen 20.000 € und 25.000 €/Gebietskörperschaft.

In Deutschland gebe es 16 Bundesländer und 10 Metropolregionen. In der bisher in NRW bestehenden „Metropolregion Ruhr“ sei das Rheinland so nicht vertreten. Es gehe jetzt auch darum, ein Gegengewicht zur „Metropolregion Ruhr“ zu installieren und „politisches Marketing“ gegenüber dem Land, dem Bund und der EU zu betreiben. Aufgaben seien in erster Linie die Akquirierung von Fördergeldern beim Land, dem Bund und der EU sowie die Bündelung von Interessen gegenüber Düsseldorf, Berlin und Brüssel.

Doppelstrukturen werde es nicht geben. Das Thema „Metropolregion“ werde bisher vom Verein Region Köln/Bonn e.V. besetzt und ausgefüllt durch die Mitgliedschaften im „Initiativkreis der Metropolregionen in Deutschland“ (IKM) sowie auf europäischer Ebene im Netzwerk der Ballungs- und Großräume „METREX“, allerdings jeweils nur im Maßstab des Gebietes der Mitglieder des Vereins (Köln, Bonn und Nachbarn). Angeschoben wurde der Gründungsprozess sowohl vom Verein Köln/Bonn e.V. als auch von den beiden Regierungspräsidentinnen Köln und Düsseldorf. Die Gründung einer „Metropolregion Rheinland“ mache auch nur Sinn in einem großen Maßstab mit Köln, Bonn, Düsseldorf, der Städteregion Aachen und der Rheinschiene von Duisburg bis Wesel. Die Verwaltung beabsichtige, eine entsprechende Beratungs- und Beschlussvorlage im Herbst dieses Jahres den politischen Gremien vorzulegen.

Abg. Dr. Kuhlmann kritisierte ebenfalls, dass der gesamte Gründungsprozess bisher an der Politik vorbeigegangen sei. Außerdem teilte er die Sorge, dass hier Doppelstrukturen geschaffen werden. Er bat deshalb, dieses Thema auch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

SkB Kurth erschien das ganze Verfahren undurchsichtig. Es solle ein Verein gegründet werden, dessen Zweck nicht hinreichend klar definiert sei und der auch noch viel koste. Hierzu müsse noch eine genauere Begründung nachgereicht werden.

Abg. Tendler betonte, er habe viel Verständnis dafür, dass sich eine Region zusammenschließe, um ihre Interessen zu bündeln und zu stärken. Dies sei ja auch Sinn und Zweck einer regionalen Zusammenarbeit. Es könne aber nicht sein, dass schon Unterlagen im Umlauf seien, in denen bereits über Strukturen, Vorstände und Kuratorien etc. nachgedacht worden sei, ohne dass die Politik im Vorfeld eingebunden wurde. Letztendlich müsse die Politik auch gegenüber dem Steuerzahler begründen, wofür 20.000 € oder mehr ausgegeben werden sollen.

SkB Nöthen wies darauf hin, dass gerade erst in der letzten Sitzung der Regionale Arbeitskreis Entwicklung, Planung und Verkehr Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (:rak), das Agglomerationskonzept des Vereins Köln/Bonn e.V. und die Kooperation Köln und rechtsrheinische Nachbarn vorgestellt worden sei. Jetzt solle noch eine weitere, übergeordnete Institution die Interessen der Region vertreten. Er bezweifle, ob das zielführend sei. Das müsse noch einmal genau hinterfragt werden.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, stellte fest, es bestehe **parteiübergreifende Einigkeit**, sich mit dem Thema noch einmal intensiv und kritisch zu befassen. Er werde dieses Thema daher in der 1. Sitzung nach der Sommerpause erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses für Planung und Verkehr setzen. Im Finanzausschuss habe es eine ähnliche Diskussion gegeben. Er denke, dass sich auch der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus in seiner nächste Woche stattfindenden Sitzung für weitere Beratungen aussprechen werde.